

Der halbe monatlich bei zweimonatlich Zahlung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.40 Mark, durch die Post 4.50 Mark auswärts. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsdienstleistungen unter Angabe Zeitungsnummer, für unvollständig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung des Verlegers gestattet. Der Preis der Zeitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postkassen-Konto Leipzig Nr. 4600.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 507. Halle, Dienstag, den 29. Oktober. 1918.

Zu den Waffenstillstands-Verhandlungen.

Anrufung des Papstes durch die deutschen Bischöfe. — Groener Nachfolger Ludendorffs. — Wilsons Hoffnungen.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 28. Oktober, abends. (Amfisch.) Keine größeren Kämpfe. Südlich der Schelde, am Dijkensel und am Souche-Waldung ist weiterhin heftige Feindschaft des Gegners.

Wiener Bericht.

Wien, 28. Oktober. Amtlich wird verlautbart: Italienischer Kriegsausbruch. In den Sieben Gemeinden blieb die Kampflosigkeit des Gegners auch gestern auf einzelne Vorposten beschränkt, die abgewiesen wurden.

Die Front der Brenta ist auf 60 Kilometer Frontbreite eine große Schlacht. Im Gebirge zwischen der Brenta und der Piave scheiterten wieder alle Anstrengungen des Feindes, möglich sei mit noch so starker Kraft geführt worden sein. Die Schlacht bei Pontana Secca an die Italiener verlorene Stenkappe wurde im Gegenangriff zurückgedrängt, wobei ein großer Teil der Besatzung in der Hand unserer Truppen blieb. Unter unseren tapferen Truppen haben sich in diesem Kampfe besonders ausgezeichnet die Infanterie-Regimenter Nr. 7 (Klagenfurt), 20 (Debreczin), 47 (Warburg), 49 (Sant Wälden), 73 (Eger), 120 (Weißgall), 139 (neues ungarisches Regiment), das ungarische Sturmbrigade Nr. 17, das kroatische Landwehr-Regiment 28. Neuerliche Anerkennung verdienen wieder die Artillerie und unsere Infanterie und Schlachtflieger.

An der Piave hat nach heftiger Artilleriebeschießung in der Nacht zum 27. der Entengang eingeleitet. Bei Balobandene vermochten schwächere feindliche Abteilungen das Ufer nicht zu halten. Die Deutschen zum größten Teil zurückgedrängt. Bei Sigolino und Vidor wurden Uebergangsversuche durch unser Artilleriefeuer zum Scheitern gebracht. Abwärts von Vidor gelang es dem Feinde, mit starken Kräften den Uebergang zu erzwängen. Unsere Truppen waren sich ihm im Gegenangriff entgegen. Abends wurde bei den Dörfern Moriana und Serraglia gekämpft. Gegenüber dem Nordabzug des Montello blieben die Uebergangsversuche der Italiener ohne Erfolg.

Von Parafopoli aus Hängen die Engländer bis Taya und San Polo di Biadene vor. Die 2 bis 3 Kilometer tiefe Einbruchsstelle wurde durch unsere im jeden Führertruppe tapfer kämpfende Truppen in den Rücken abgegriffen. Neue Kämpfe sind jetzt fest an der Piave im Gange.

Balkankriegsausbruch.

Bei Vlasso an der albanischen Küste Nachkämpfe. An der mittlern Drina kam es zu Zusammenstößen zwischen unserer Sicherungstruppen und starken Banden.

Das Zurückgehen unserer Truppen in Serbien erfolgte ohne Störung durch den Gegner. Gefechtsführung bestand gestern nur nördlich von Kravujica. Der Chef des Generalstabes.

Die deutschen Bischöfe rufen den Papst als Vermittler an.

Köln, 28. Oktober. (Privattelegramm.) Nach der „Köln. Volksztg.“ verläutet, daß der Erzbischof von Köln, Kardinal von Hartmann im Namen der Bischöfe der Führer-Bischöflichkeit den heiligen Vater um seine Vermittlung gebeten hat, damit unsere Feinde von ihren Plänen, Deutschland zu vernichten, abgesehen. Der Papst wird gebeten, seine Autorität einzusetzen, damit ein Frieden zustande komme, der der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht und der eine Verköhnung der einzelnen Nationen anzubahnen geeignet ist.

Generalleutnant Groener als Nachfolger Ludendorffs ausersuchen.

Berlin, 28. Oktober. (Privattelegramm.) In politischen Kreisen verläutet nach der „Frankf. Ztg.“, daß nicht General von Lossberg, sondern Generalleutnant Groener zum Nachfolger Ludendorffs ausersuchen ist.

Wilson's Zuversicht auf Erfolg der Verhandlungen.

Balef, 28. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) „The New York Times“ aus New York: Seit Sonnabend Abend haben die Verhandlungen der Alliierten über die Friedensfrage einen Wendepunkt erreicht, in dem die Alliierten vor, um die Bedingungen der Alliierten dem kaiserlichen Kaiser zu übermitteln. Im Senatsauschuss erklärte Staatssekretär Lansing, der Präsident habe seinen festen Entschluß ausgesprochen, bei den Friedensverhandlungen unter allen Umständen an den vierzehn Punkten seines Programms festzuhalten.

Der Vertreter der „Fürcher Morgenztg.“ erklärt aus gut unterrichteten Pariser Kreisen: Die Auffassung geht dahin, daß Wilson gewisse Änderungen dafür habe, daß die Vorschläge der Alliierten von Deutschland, wenn nicht angenommen, so doch Aussicht auf Erfolg haben würden, da er sonst keine Zustimmung nicht dazu gemacht haben würde, die Zustimmung der Alliierten einzubohlen.

England fordert von Deutschland die Waffenstillstands-Bedingungen.

WTB. London, 28. Januar. (Drahtnachricht.) Reuter. „Daily News“ heißt, daß die Alliierten die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht sofort bekannt geben werden. Die deutsche Antwort erwidert die Frage Wilsons nicht. Die Alliierten müssen sich politisch zu entscheiden. Die Alliierten sind bereit, ein Opfer von irgendwelchen militärischen Wert zu bringen. Bis die Deutschen bereit sind, die Bedingungen von sich abzumachen, sind wir der Ansicht, daß der König von Preußen noch immer die Macht in Deutschland in Händen hält.

Kein Streit: Die deutsche Note verurteilt, den Alliierten die Initiative ihrer Vorschläge zum Waffenstillstand aufzuwerfen und legt eine falsche Auffassung der Sachlage. Die Korrespondenz ist geschlossen. Jetzt müssen die Deutschen an die Führer der Heere und der Flotte, insbesondere an Hoch und Beatty mit einem formalen Entschluß um einen Waffenstillstand herantreten. Die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens müssen von uns selbst unabänderlich gefordert werden, ohne mit dem Feinde verhandeln.

Lloyd George und Balfour nach Frankreich abgereist.

Paris, 28. Oktober. (Privattelegramm.) Lloyd George und Balfour sind gemeinsam mit Flotten- und Heeresoffizieren nach Frankreich abgereist.

Oberst House in Paris.

Genf, 28. Oktober. (Privattelegramm.) Nach einer Pariser Drahtnachricht des Genfer „Journal“ soll Oberst House bei seiner Ankunft in Europa für die Lösung der neuen Fragen größten Wert sowie diejenige Vernunft verprochen haben, die in eblen Gelehen durch erhabene Ziele bebildigt wird. Wir werden sehen.

Auslandsdienst und Presse.

WTB. Düsseldorf, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) Der Verband der Reichs- und Provinzial-Presse-Verleger hat gestern hier unter dem Vorsitz von Dr. v. Scharnhausen eine außerordentliche Versammlung ab, in der Landes- und Berufsvereine, insbesondere die Stellung der Redakteure und das Thema „Auslandsdienst und Presse“ erörtert wurden. Einstimmig wurde eine Entschließung gefaßt, in der beklagt wird, daß die Presse während des Krieges von den berufenen Stellen nicht so unterstützt worden sei, wie es das Wohl des deutschen Volkes und auch die glückliche Durchführung des Krieges erfordert hätten. Eine wohlüberlegte Einrichtung zur Verlesung der deutschen Presse mit Auskünften und Nachrichten, die der Wahrheit entsprechen, würde freudig begrüßt werden. Ob die angeregte Schaffung eines „Auslandsdienstes“ eine solche Einrichtung zu heilsamen Anforderungen erfüllen würde, könnte die deutsche Presse zuerst deshalb nicht beurteilen, weil sie über diese Aufgaben und Ziele dieses Amtes nichts Zuverlässiges erfahren habe. Vor dieser Schaffung muß die Regierung unbedingt noch die deutschen Redakteure und Journalisten gutachten hören, die im Reichsverband der deutschen Presse ihre berufene Vereinigung bilden. Zur unbedingt notwendigen Freieit und Unabhängigkeit der deutschen Presse müßten vor allem Sicherungen geschaffen werden, daß ein zentralisiertes Reichspressenamt sich zu einer schädlichen Gewalt auswirken könnte, die in der Presse lediglich ein Werkzeug zur Durchführung der inneren und äußeren Politik der jeweiligen Regierung erblickt. Da auch die Möglichkeit einer Gleichung der Nachrichtenabteilung der Einzelstaaten, in erster Linie des kaiserlichen Amtes, durch ein zentralisiertes Reichspressenamt ungeklärt erscheint, muß die Verfassung des Amtes der Regierung, das vor der Einrichtung eines solchen Amtes das Wesen, die Aufgaben und die Organisation des Amtes der öffentlichen und parlamentarischen Erörterung unterbreitet und besonders mit den berufenen Vertretern geprüft und gelöst werden.

(Rechte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Das Sonderfriedensangebot Österreichs.

Die Bedeutung für uns. Nun geht auch unser treuer Bundesgenosse in Oesterreich-Ungarn seine eigenen Wege. Die Antwortnote des neuen Ministers des Äußeren Grafen Andrássy an Lansing läßt darüber keinen Zweifel, daß Oesterreich-Ungarn in dem entscheidenden Augenblick, wo es sich darum handelt, das Preiswert der Mittelmächte gemeinsam fortzuführen, sich von Deutschland trennt. Die österreichisch-ungarische Note betont ausdrücklich, Oesterreich-Ungarn sei zu Verhandlungen bereit, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten. Das ist nicht anders zu verstehen, als daß die Friedenshandlung Oesterreich-Ungarns unabhängig und unbeeinträchtigt von den Friedensschritten des Deutschen Reiches geschehen soll.

Selbstverständlich wird durch eine solche Eigenmächtigkeit der österreichischen Regierung die Stellung des Deutschen Reiches gegenüber der Entente nicht gefährdet. Das weist um so schwerer, nachdem bereits ein anderer Exploiter aus dem Herdum, Bulgarien, herausgefallen ist. Zudem darf man sich diese auch nicht verhehlen, daß die Lage der Türkei immer peinlicher wird. Noch hält die Türkei mit einer Zögerlichkeit einer Treue, die alle Weltung verdient, an ihrem Bündnis mit Deutschland fest, aber die Wollen ziehen sich über sie immer drohender zusammen, und man kann nicht beurteilen, ob nicht der wachsende Druck der anbreitenden Entente sowie die Schwierigkeiten im Inneren in nächster Zeit schon das Bild von Grund auf ändern werden.

Die Gestaltung der Dinge in Ungarn mag dabei entscheidenden Einfluß gehabt haben. In Ungarn sind starke Kräfte am Werke, die Verbindung mit Deutschland zu zerbrechen. Es wird neuerdings dort in einer Weise gegen Deutschland gehetzt, die man vor kurzem noch nicht für möglich gehalten hätte. Mit Rücksicht auf die ungarische Entwicklung mag in erster Linie die Regierung an der Donau veranlaßt worden sein, Sonderfriedensverhandlungen anzustreben. Vielleicht leidet die Regierung auch in der Hoffnung, daß sie die Verhandlungen besser in der Hand behält, wenn sie getrennt mit Deutschland vorgeht. Das dürfte sich allerdings als ein Irrtum, als eine verfehlte Spekulation erweisen, denn es ist ja längst offenkundig, daß die verheißenen Teile der Monarchie ohne Rücksicht auf das Ganze ihre eigenen Interessen und nichts als ihre eigenen Interessen wahren wollen. Aus will es scheinen, als ob Oesterreich-Ungarn mit ganz anderem Rückhalt, mit stärkerer Dedung auf den Frieden einarbeiten könnte, wenn es weiter auch in dieser Frage an der Seite seines Bundesgenossen, der sich ihm gegenüber bisher in allen Lagen bewährt hat, verbleiben würde. Ein geschlossenes Auftreten der Bundesgenossen am Friedensstisch böte sicherlich mehr Bürgschaften für eine trauflose Wahrnehmung auch der österreichisch-ungarischen Interessen.

So ganz ohne Vorteil ist übrigens der Entschluß Oesterreich-Ungarns, wie er sich in seinem Sonderfriedensangebot ausdrückt, für Deutschland nicht. Wir haben mehr als einmal bei unserem politischen Verhalten auf unseren Bundesgenossen Rücksicht nehmen müssen, die uns Opfer auferlegte. Uns waren in vielen Fragen, und zwar in Fragen von großer Bedeutung, durch die feste Verbindung mit Oesterreich-Ungarn die Hände gebunden. Das fällt natürlich nun weg. Wir gewinnen wieder volle Freiheit des Handelns.

Uebersaus wertvoll kann sich diese Freiheit der Entschließung zum Beispiel in unserer Behandlung der Interessen unserer deutschen Stammesbrüder in Oesterreich erweisen. Ihnen können wir mit viel größerer Freiheit der Entschlußkraft gegenüberstellen, als das bisher der Fall war.

Noch eins verdient ernsthafte Beachtung. Der Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung macht jedem im deutschen Vaterlande mit aller Schärfe die gefährliche Lage, in der wir uns befinden, klar. Er verdrängt sorglosen Optimismus und läßt uns mit vollster Deutlichkeit erkennen, daß Deutschland auf sich allein gestellt ist, auf seine eigene Kraft angewiesen bleibt. Herr werden können wir dieser ungewohnten Schwierigkeiten und der drohenden Gefahren nur, wenn alle Volksteile sich zusammenraufen, wenn alles Trennende ausgehalten wird und die deutsche Nation sich in ihrem ganzen Können zu einer einheitlichen Aktion zusammenrauft. Vergessen sei aber, daß innerer Zwist, ausgegallert, was uns in der politischen Auffassung trennt; mit

